

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte,
Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13783 –**

Konsequenzen aus dem Bildungsstreik 2009

Vorbemerkung der Fragesteller

Vom 15. bis zum 19. Juni 2009 haben über eine viertel Million Studierende, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Lehrerinnen und Lehrer sowie Hochschulbeschäftigte in mehr als 90 Städten in Deutschland für eine bessere Bildung demonstriert. Der Protest richtete sich gegen Studiengebühren, gegen die Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses, gegen den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern und gegen zu große Klassen. Die Proteste haben eindrucksvoll verdeutlicht, wie groß die Unzufriedenheit über das Bildungssystem ist. Auf Kundgebungen, Flugblättern und im Internet wurde vielfach darauf hingewiesen, dass die öffentlichen Bildungsinstitutionen dramatisch unterfinanziert seien. In symbolischen Banküberfällen machten Studierende, Schülerinnen und Schüler ihren Unmut darüber deutlich, dass Bund und Länder kurzfristig Milliarden für die Rettung der Banken mobilisiert haben, Ausgaben für die Bildung hingegen auf sich warten lassen.

Viele Verbände und Organisationen haben die Demonstrantinnen und Demonstranten bei ihren Protesten und in ihren Forderungen unterstützt. Auch viele Lehrerinnen und Lehrer sowie Lehrende an den Hochschulen haben sich den Protesten angeschlossen oder die Diskussion mit den Protestierenden gesucht. Andere allerdings haben versucht, die Proteste durch Androhung von Repressionen oder etwa durch die Ankündigung von Prüfungen an den Bildungsstreik-Tagen zu verhindern.

Am 7. Juli hat sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, mit Vertreterinnen und Vertretern des Aktionsbündnisses Bildungsstreik, Studierendenvertreterinnen und -vertretern sowie weiteren Repräsentantinnen und Repräsentanten des Hochschulsystems über die Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses in Deutschland ausgetauscht. Im Anschluss an das Gespräch hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung einen 5-Punkte-Plan für die Weiterentwicklung dieses Prozesses vorgestellt (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 7. Juli 2009).

1. a) Wie bewertet die Bundesregierung den Bildungsstreik 2009?

Der Bildungsstreik hat unterschiedliche Aspekte der bildungspolitischen Diskussion thematisiert. Das am 7. Juli 2009 von Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, geführte Gespräch griff Belange der Studierenden und weiterer Akteure im Hochschulbereich auf.

- b) Hält die Bundesregierung die Proteste für begründet (bitte begründen)?

Angesichts der zentralen Bedeutung von Bildung und Ausbildung ist eine öffentliche Diskussion über bildungspolitische Ziele und Maßnahmen notwendig.

2. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Protestierenden, dass es im jetzigen Bildungssystem erhebliche Probleme gibt (bitte begründen)?

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich bereits auf dem Gipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden darauf verständigt, zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungsqualität in Deutschland zu unternehmen und die Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ gestartet. Bund und Länder sind sich in dem Ziel einig, dass in Deutschland der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert wird.

- b) Was sind aus Sicht der Bundesregierung die drängendsten Probleme im Bildungssystem?

In den letzten Jahren konnten bereits in den Bereichen Bildung und Ausbildung, beispielsweise durch den Hochschulpakt, deutliche Verbesserungen erreicht werden. Insbesondere an den Schnittstellen von frühkindlicher Bildung, Schule, Ausbildung und Hochschule bedarf es jedoch weiterer Schritte, die mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ konsequent angegangen werden.

3. a) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um die durch die Protestierenden angesprochenen Probleme im Bildungssystem zu lösen?

Mit der Qualifizierungsinitiative wurde ein umfangreicher Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht, der alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung umfasst und beabsichtigt, das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem in Qualität und Wirkungsbreite zu verbessern. Zur Verbesserung der Studienbedingungen wurden z. B. der Hochschulpakt beschlossen, die BAföG-Sätze angehoben, die Begabtenförderung ausgebaut, Aufstiegsstipendien eingeführt, das Professorinnen-Programm gestartet und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und Hochschulbildung verbessert.

Am 4. Juni 2009 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern zudem beschlossen, den Hochschulpakt 2020, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation fortzuführen und so bis 2019 über 18 Mrd. Euro zusätzlich für Wissenschaft und Forschung in Deutschland aufzuwenden. Davon profitieren alle derzeitigen und zukünftigen Studierenden an allen Hochschulen.

- b) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung als Konsequenz aus dem Bildungsstreik noch in dieser Legislaturperiode ergreifen?

Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen des sog. Bologna-Prozesses für Verbesserungen z. B. bei der Studierbarkeit von Studiengängen, der Anerkennungspraxis von Studienleistungen bei Hochschulwechsel, der Beratung und Betreuung von Studierenden und bei der Mobilitätsförderung ein.

4. a) Plant die Bundesregierung mit den Ländern Gespräche über die Konsequenzen aus dem Bildungsstreik zu führen (bitte begründen)?
b) An welchen Terminen sollen entsprechende Gespräche stattfinden?
c) Mit welchen Zielen geht die Bundesregierung in diese Gespräche?

Bund und Länder führen einen intensiven Dialog zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses. Die oben genannten Themen werden in diesen Dialog eingebracht.

5. Wie groß beziffert die Bundesregierung den zusätzlichen Finanzbedarf, um die angesprochenen Probleme im Bildungssystem zu lösen (bitte aufschlüsseln nach Bildungsbereichen sowie nach Bund und Ländern)?

Bund und Länder vereinbarten auf dem Qualifizierungsgipfel in Dresden am 22. Oktober 2009, dass der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert werden soll. Eine hierzu eingesetzte Strategiegruppe erarbeitet derzeit bis zur Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder am 28. bis 30. Oktober 2009 Vorschläge, wie die Finanzierung zur Erreichung des Ziels aussehen kann, wobei sich Bund und Länder verpflichtet haben, die gemeinsame Finanzierung sicherzustellen.

6. a) Hält die Bundesregierung in Anbetracht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise an allen auf dem Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 definierten Zielen fest (bitte begründen)?
b) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Umsetzung der Ziele des Bildungsgipfels unbedingt notwendig ist, um den Problemen im Bildungssystem zu begegnen, oder sollten diese von der weiteren wirtschaftlichen oder steuerpolitischen Entwicklung abhängig gemacht werden (bitte begründen)?

Da Bildung und Ausbildung entscheidende Schlüssel zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise sind, hält die Bundesregierung unvermindert an den mit der Dresdner Vereinbarung der Regierungschefs von Bund und Ländern „Aufstieg durch Bildung – Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ gesetzten Zielen fest. Dies unterstreichen auch die von der Bundesregierung initiierten Konjunkturmaßnahmen, die insbesondere dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich zugute kommen.

7. a) Hält die Bundesregierung in Anbetracht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise an den von den Ministerpräsidenten am 4. Juni 2009 bestätigten Hochschulsonderprogrammen fest (bitte begründen)?
b) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Umsetzung der Hochschulsonderprogramme unbedingt notwendig ist, um den Problemen im Bildungssystem zu begegnen, oder sollten diese von der weiteren wirt-

schaftlichen oder steuerpolitischen Entwicklung abhängig gemacht werden (bitte begründen)?

Die Bundesregierung hält den Hochschulpakt 2020 für notwendig, um einer wachsenden Zahl von Studienberechtigten die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulforschung zu stärken. Die Bundesregierung hat daher in der geltenden Finanzplanung die notwendigen Finanzmittel eingestellt.

8. a) Hält die Bundesregierung die Proteste gegen Studiengebühren für begründet (bitte begründen)?
- b) Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden in den vergangenen Jahren?
- c) Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, um zu erreichen, dass die soziale Zusammensetzung der Studierenden stärker die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegelt?

Die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zeigen, dass sich über den Zeitraum der letzten zwei Jahrzehnte die Bildungsbeteiligung der Kinder aus eher bildungsfernen Herkunftsmilieus tendenziell verbessert hat. Die Chancen für Kinder aus nichtakademischen Herkunftsfamilien konnten gegenüber den achtziger Jahren gesteigert werden. Dennoch bleibt die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit eine vordringliche Aufgabe der Bildungspolitik in Deutschland. Mit der 22. BAföG-Novelle, die eine Anhebung der Bedarfssätze um 10 Prozent, der Einkommensfreibeträge um 8 Prozent und insbesondere eine deutliche Ausdehnung der BAföG-Berechtigung für ausländische Auszubildende bewirkt hat, unterstützt die Bundesregierung dieses Ziel nachdrücklich.

9. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Protestierenden, dass die Bologna-Reform grundlegend reformiert werden muss (bitte begründen)?
- b) Wo sieht die Bundesregierung in der Umsetzung die größten Probleme?
- c) Hält die Bundesregierung die hohe Arbeitsbelastung der Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen für problematisch (bitte begründen)?
- d) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um die angesprochenen Probleme zu lösen?

In den Diskussionen mit den Studierenden bestand Konsens, dass die Ziele der Bologna-Reform richtig sind, es aber Korrekturbedarf bei der Umsetzung gibt. Wichtige Fragestellungen sind in diesem Zusammenhang die Studierbarkeit der Studiengänge und die Modularisierung, die konsequente Anwendung der Instrumente ECTS und Diploma Supplement sowie sachgerechte, studienleistungsorientierte Anerkennungspraxis von Studienleistungen bei Hochschulwechsel, ein flexibler Übergang von Bachelor zu Master und insgesamt eine sowohl wissenschaftliche wie berufsbefähigende Ausbildung.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen kommt den Hochschulen eine Schlüsselrolle zu.

10. a) Wie groß schätzt die Bundesregierung den auf uns zukommenden Lehrermangel für die nächsten zehn Jahre ein?
- b) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um dem Lehrermangel zu begegnen?

Dazu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor, Lehrkräftebedarf und damit verbundene Fragestellungen fallen in die Kompetenz der Länder.

11. a) Gehört es aus Sicht der Bundesregierung zum Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft dazu, dass Schülerinnen und Schüler sowie Studierende öffentlich gegen Missstände im Bildungssystem protestieren (bitte begründen)?

Öffentliche Demonstrationen sind ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, das grundgesetzlich geschützt ist.

- b) Hält die Bundesregierung es für angemessen, dass einzelne Schulen und Hochschulen die Teilnahme an den Demonstrationen als unentschuldigtes Fehlen gewertet haben (bitte begründen)?

Fragen des Schulrechts fallen in die Kompetenz der Länder.

- c) Hält die Bundesregierung es für angemessen, wenn einzelne Schulen und Hochschulen ihre Prüfungstermine auf die Termine der zentralen Demonstrationen legen und so den Schülerinnen und Schülern bzw. den Studierenden die Teilnahme de facto unmöglich machen (bitte begründen)?

Es liegt in der Verantwortung von Hochschulen und Schulen, Prüfungstermine festzulegen. Im Übrigen werden Termine gemeinhin bereits weit im Voraus festgelegt.

12. a) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den Protesten im November 2008 gezogen, als bereits über 100 000 Schülerinnen und Schüler für eine bessere Bildung demonstrierten?
- b) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung als Reaktion auf die Proteste im November 2008 ergriffen, und inwieweit konnten diese bereits zu erheblichen Veränderungen im Bildungssystem beitragen?

Bereits mit dem Dresdner Qualifizierungsgipfel von Bund und Ländern im Oktober 2008 wurde ein klares Signal für mehr Investitionen in gute Bildung gesetzt. Gemeinsames Ziel von Bund und Ländern ist es, die Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.

Die Regierungschefs der Länder haben die Kultusministerkonferenz und die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz beauftragt, über die Umsetzung der von den Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen zur Qualifizierungsinitiative bis zur Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 28. bis 30. Oktober 2009 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen.

13. a) Welche Personen haben an der von der Bundesministerin für Bildung und Forschung eingeladenen Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 teilgenommen?

An der Konferenz am 7. Juli 2009 haben Organisatoren des Bildungsstreiks teilgenommen sowie die bundesweit agierenden Hochschulverbände. Weiterhin nahmen teil Vertreter der Kultusministerkonferenz, der Hochschulrektorenkonferenz, der Gewerkschaften und der Hochschullehrer.

- b) Welche Ergebnisse hat die Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 gebracht?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

- c) Welche politischen Maßnahmen hält die Bundesregierung als Ergebnis der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 für notwendig?
d) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung als Konsequenz aus der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 noch in dieser Legislaturperiode ergreifen?

Die Bundesregierung sieht es als notwendig an, Umsetzungsprobleme zu korrigieren. Sie wird weiterhin Gespräche mit allen Verantwortlichen führen, insbesondere im Rahmen der regelmäßig tagenden nationalen Bologna-Arbeitsgruppe.

Auf Initiative der Bundesregierung wird der Deutsche Akademische Austausch Dienst (DAAD) mit den Hochschulen eine Konferenz zu Fragen der Anerkennung am 22. September 2009 veranstalten.

Die Bundesregierung fördert über die DAAD-Hochschulprogramme Mobilität im Bachelor- wie im Masterstudium und ermöglicht somit die Wahrnehmung von Auslandserfahrungen.

14. a) Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass die Studienstrukturreform mit einer Erneuerung der Curricula verbunden wird?
b) Wie will die Bundesregierung darauf hinwirken, dass von der Möglichkeit, Bachelor-Studiengänge mit einer Regelstudienzeit von sieben oder acht Semestern einzurichten, künftig stärker Gebrauch gemacht wird?
c) Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass der Übergang vom Bachelor zum Master künftig problemlos möglich ist und Studierende selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht?
d) Wird die Bundesregierung sich gegenüber der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass die Aufnahme eines Master-Studienganges künftig nicht mehr von besonderen Zugangsvoraussetzungen abhängig gemacht wird, um damit allen Studierenden einen problemlosen Übergang vom Bachelor in den Master zu ermöglichen (bitte begründen)?
e) Halten die Hochschulen nach Einschätzung der Bundesregierung derzeit ausreichend Kapazitäten in den Master-Studiengängen vor, damit alle Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen problemlos einen Master-Studiengang anschließen können, oder in welchem Umfang müssten diese Kapazitäten nach Einschätzung der Bundesregierung ausgebaut werden?

Die Bundesregierung bleibt im Gespräch mit Hochschulen und Ländern, um Korrekturen im Bologna-Prozess zu begleiten, wo sie erforderlich und im Interesse der Studierenden sind. Es werden zurzeit keine Kapazitätsprobleme beim Übergang von Bachelor zu Master gesehen.

- f) Welche Studiendauer wurde der Kalkulation der Studienplatzkosten im Rahmen des Hochschulpakts zwischen Bund und Ländern zugrunde gelegt, und hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund des auf der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 vereinbarten Ziels, dass der Übergang vom Bachelor in den Master künftig problemlos möglich sein soll, Veränderungen in dieser Kalkulation für notwendig (bitte begründen)?

Bund und Länder halten einen Betrag in Höhe von 26 000 Euro pro zusätzlichen Studienanfänger für die zweite Programmphase des Hochschulpakts 2020 für angemessen. Es handelt sich dabei um einen Durchschnittswert, der auf der Basis der bestehenden Ausgaben für ein Studium festgelegt wurde.

- g) Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass die Beratung und Betreuung der Studierenden wesentlich verbessert wird?

Die Beratung und Betreuung der Studierenden wird durch die Hochschulen und durch das Deutsche Studentenwerk wahrgenommen. Darüberhinaus unterstützt die Bundesregierung im Rahmen des DAAD-Programms PROFIN (Programm zur Förderung der Integration ausländischer Studierender) die Beratung und Betreuung insbesondere der ausländischen Studierenden.

- h) Wann wird die Bundesregierung die auf der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 angekündigte Studie über den Berufseinstieg von Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen vorlegen?

Eine genaue Zeitangabe ist noch nicht möglich.

15. a) Sind auf der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 Folgetreffen in dieser oder ähnlicher Zusammensetzung vereinbart worden?
- b) Wie will die Bundesregierung die auf der Bologna-Konferenz am 7. Juli 2009 eingebundenen Interessenträger an der Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses beteiligen?
- c) Plant die Bundesregierung, die gewählten Studierendenvertretungen in den Ländern zu möglichen Folgetreffen einzuladen, und/oder wie will sie diese an der Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses beteiligen?

Die Bundesregierung wird weiterhin mit Vertretern der in Bund und Ländern für den Bologna-Prozess verantwortlichen und beteiligten Akteure im Gespräch bleiben. Hierzu bieten sich u. a. die Bologna-Symposien an, die vor den europäischen Ministertreffen stattfinden.

